

Gianni D'Amato

# Mobilität in turbulenten Zeiten: Herausforderungen gegenwärtiger gesellschaftlicher Transformationen

## Zusammenfassung

Ausgehend von gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen sollen verschiedene Theorieansätze diskutiert werden, die die Verschiebung von der Migrations- zur Mobilitätsforschung skizzieren. Durch die Globalisierung ist ein lang anhaltendes Gleichgewicht aufgebrochen, das neue Akteure in Erscheinung treten lässt, wodurch Fragen menschlicher Mobilität neu strukturiert werden. Insbesondere die Würdigkeit, zum geschützten Kern moderner Gesellschaften gerechnet zu werden, schiebt die Gesellschaft neu und bestimmt somit den Wert sozialen Zusammenhalts. Von Ausschluss bedroht, nimmt die Spaltung der Gesellschaft über Parteigrenzen hinweg in Kosmopoliten und Kommunitaristen zu. Ein anderer Blick auf die Einwanderungsgesellschaft tut deshalb Not, der die Gegenwart und dessen Dramatik neu denkt.

## Schlagwörter

Theorie, Migration, Mobilität, Diskontinuität, Populismus

## Mobility in Times of Turbulence: Challenges of Current Societal Transformations

### Abstract

Based on current societal challenges, different theoretical approaches will be discussed outlining the shift from migration to mobility research. Globalization has broken a long lasting equilibrium, which has led to the emergence of

---

Prof. Dr. Gianni D'Amato

Forum suisse des migrations et de la population (SFM), Université de Neuchâtel

Stand, Herausforderungen und Perspektiven der Migrationsforschung / Zeitschrift für  
Migrationsforschung – Journal of Migration Research 2021 1 (1): 35–53,  
<https://doi.org/10.48439/zmf.v1i1.96>

new actors and restructured questions of human mobility. In particular, the qualification to deserve being part of the protected core of modern societies is stratifying our communities and thus determining the value of social cohesion. Threatened by exclusion, the division of society across party lines into cosmopolitans and communitarians is increasing. A different view on migration societies is therefore needed, able to rethink the present in a dramatic new way.

### Keywords

Theory, migration, mobility, discontinuity, populism

\* \* \* \* \*

Migration ist eine Konstante der *conditio humana* und insbesondere seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts – während der Industrialisierung – eng mit Formen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels verflochten. Die Analyse der Migration ist auch heute hilfreich, um gegenwärtige transformative Prozesse einer stets enger zusammenrückenden Welt besser zu verstehen.<sup>1</sup> Der häufig in der Literatur anzutreffende Verweis auf wachsende Wanderungszahlen ist nur ein Ausdruck dieses Bestrebens, das weltumspannende Phänomen zu verstehen.<sup>2</sup>

Der Wandel der Wanderungsmodalitäten lässt sich seit dem Zweiten Weltkrieg auch in Europa sehr gut nachverfolgen. War in der Vergangenheit die Zahl der Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten eher beschränkt, ist heute das Spektrum der Auswanderungsländer breiter und umfasst mitunter immer weiter entfernte Regionen. Dies führt in postindustriellen Gesellschaften des Alten Kontinents zu einer zunehmenden Vielfalt an kulturellen, religiösen, sprachlichen und sozialen Herkünften. Die technologischen Fortschritte in Verkehr und Kommunikation haben außerdem dazu beigetragen, Migration einfacher und zugänglicher werden zu lassen; sie ermöglichen es dem Einzelnen, Kontakte mit Angehörigen anderswo in *realtime* aufrecht zu erhalten.<sup>3</sup> Mobilität und weltumspannende Beziehungen werden

---

<sup>1</sup> Diese Ausführungen basieren auf Arbeiten, die vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung im Rahmen des *nccr-on the move* unterstützt worden sind.

<sup>2</sup> So schätzt die IOM die Zahl der Migrantinnen und Migranten weltweit gegenwärtig auf 272 Millionen (3,5% der Weltbevölkerung), davon befinden sich 25,9 Millionen Menschen auf der Flucht (IOM 2020).

<sup>3</sup> Kritische Überlegung zum nichtlinearen Verhältnis von Transnationalität und Mobilität finden sich bei Faist (2007).

in ihrer gegenwärtigen Beschleunigung zu erschwinglichen Möglichkeiten und Ressourcen.

Der folgende Beitrag möchte die gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationen in Europa im Lichte der Verlagerung von der Migrations- zur Mobilitätsforschung diskutieren. Die Skizzierung verschiedener theoretischer Ansätze verfolgt das Ziel, gegenwärtige Herausforderungen zu umreißen, mit denen sich Migrationsgesellschaften noch weiterhin beschäftigen werden. Es wird auf Diskontinuitäten der gesellschaftlichen Entwicklung eingegangen, die einen ursprünglichen Konsens aufbrechen lassen. Abschließend werden die Bedingungen für die Realisierung neuer politischer Optionen des Zusammenlebens skizziert.

## 1 Der Wandel der Perspektive: Von der Migrations- zur Mobilitätsforschung

Die Migrationsforschung stützt sich bekanntlich auf verschiedene Disziplinen der Sozialwissenschaften. Soziologie, Anthropologie, Politikwissenschaft, Wirtschaft, Geographie, Demographie, Geschichte und die Rechtswissenschaften, sie alle tragen zur Wissensproduktion bei (siehe u.a. Bauböck und Faist 2010). Etliche Forschungsbereiche wie jene der transnationalen Studien und der *border studies* verweisen auf interdisziplinäre Potenziale der Migrationsforschung, die jeweils unterschiedliche konzeptionelle, analytische und methodische Ansätze zur Anwendung bringen können.

Die klassische Migrationsforschung, die anfangs des 20. Jahrhunderts an der *University of Chicago* entstand, konzentrierte sich am Beispiel der USA auf die nationale Integrationsfähigkeit von Aufnahmeländern und verwendete hierzu das Paradigma der Assimilation. Deren Vertreterinnen und Vertreter stellten sich mit ihrem Forschungsprogramm gegen nationalistische Nativisten und andere fremdenfeindliche Gruppierungen. Schon in ihren Anfängen war die Migrationsforschung somit mit der gesellschaftlichen Anforderung und der Ambition des Nationalstaates konfrontiert, die Kriterien nationaler Zugehörigkeit, wenn auch in einem damaligen liberalen Verständnis, zu definieren. Die klassische Migrationsforschung operierte daher zunächst aus der Perspektive der Aufnahmegesellschaften und deren angenommenen Fähigkeiten, Migrantinnen und Migranten aufzunehmen und einen gegenseitigen Prozess der Angleichung zu initiieren. Die Assimilation als Programm, das jegliche ethnisch-basierte Differenz zum Verschwinden bringen wollte, verstanden Migrationssoziologen wie Robert E. Park als Abschluss eines langanhaltenden Zyklus, der mit dem ersten Kontakt beginnt, später in Konkurrenz und Konflikt übergeht und nach einer Akkomodationszeit letztlich in der Assimilation endet (Park 1950).

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wurde die Migrationsforschung von neo-klassischen *rational-choice* oder quantitativ-soziologischen Ansätzen dominiert. Einflussreich war hier das mit dem Namen Everett S. Lee (1966) verbundene Modell von ›Push‹- und ›Pull‹-Faktoren, in dem Migrationsentscheidungen als Kosten-Nutzen-Rechnung modelliert werden. In diesem Rahmen erschien die Untersuchung wirtschaftlicher Unterschiede zwischen Herkunfts- und Zielländern als unvermeidlich, um das weltumspannende Phänomen zu verstehen. Es basierte auf der antizipierten Vorstellung von Migrantinnen und Migranten, künftige Einnahmen durch einen Umzug in Länder mit höherem Einkommensniveau zu maximieren (Borjas 1989). Später wurden diese Kosten-Nutzen-Analysen um Arbeiten ergänzt, die die Wanderung als Teil einer Familienstrategie berücksichtigten, welche helfen, die monetären Ressourcen zu diversifizieren (Massey et al. 1998). Die Analyse der ›Pull-Faktoren‹ durfte ebenfalls nicht fehlen, namentlich die Untersuchung der Nachfrage nach Wanderarbeitskräften in industriell fortgeschrittenen Gesellschaften (Light 2005).

Solche auf individuelle Verhaltensweisen zielende Ansätze wurden von strukturalistisch ausgerichteten Migrationsforscherinnen und -forschern abgelehnt, insbesondere von jenen, die der Dependenz- und Weltsystemtheorie nahestanden. Diese beiden Richtungen sehen die Migration als Ausdruck eines weltweit operierenden marktwirtschaftlichen Systems, das sich auf Dominanz und Ungleichheit stützt und die Kosten für seine Entwicklung an die Peripherie externalisiert. Die Wanderung von Arbeitskräften hat in diesen Theorien eine Ventilfunktion: In den Herkunftsländern wird der Druck auf ökonomische und politische Veränderungen gesenkt, in den Einwanderungsländern wird der Markt mit billigen Arbeitskräften versorgt. Anders als in Modellen, in denen die Migration unter dem Aspekt individueller und gruppenspezifischer Statusverbesserungen positiv bewertet wurde, steht in der strukturalistischen Interpretation die Migration immer im Zusammenhang mit einer Perpetuierung der Ungleichheit zwischen den industriell entwickelten Kernstaaten und den weniger entwickelten Länder der abhängigen Peripherie (Portes und Walton 1981; D'Amato 2001).

Ein dritter Theoriestrang versucht, Migrationserfahrungen mit einem handlungsorientierten Akteursansatz zu verstehen. Ab den 1990er Jahren nehmen die Forschungen zur Erkundung der Rolle sozialer Netzwerke bei der Bewältigung von Migration zu (Portes et al. 1999; Vertovec 1999a). Transnationalismus und Translokalismus erscheinen als neue Begriffe, um die räumliche Expansion von Migrantengemeinschaften über Nationen hinweg als auch deren Beziehungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft und die immer häufiger werdende Erfahrung von ›multiplen‹ Zugehörigkeiten zu artikulieren. Die Erforschung transnationaler Netzwerke bot die Mög-

lichkeit, sozialwissenschaftliche Ansätze zur Erforschung von Globalisierungsprozessen anzuwenden und mit der Agency von Migrantinnen und Migranten zu verknüpfen.

Gegenwärtig steht eine Erweiterung des Konzepts der Migration mit Hilfe des Konzepts der Mobilität im Fokus der Debatte. Dieser Ansatz orientiert sich zum Teil an dem von Sheller und Urry (2006) identifizierten ›neuen Mobilitätsparadigma‹, in dem die Migration als Teil eines breiteren Feldes der Mobilität gesehen wird. Nebst Menschen zirkulieren auch Ideen, Wissensbestände, Güter und selbst die soziale Verfasstheit von Zeit und Raum (Adey 2010). Für Sheller und Urry sind die Sozialwissenschaften zu lange von Ansätzen dominiert worden, die die Sesshaftigkeit (*sedentarism*) als normale und wünschenswerte soziale Erfahrung bevorzugten. Die Bewegung an sich wurde eher als temporärer und nicht als normaler Zustand, als Ausnahme und nicht als Norm verstanden. Diese Annahmen, so die Kritik, herrschten insbesondere in den Migrationsstudien vor, die nicht nur unkritisch einem ›methodischen Nationalismus‹ anhängen, sondern auch von der normativen Vorstellung getragen worden seien, die Mobilitätsfähigkeit der Migrantinnen und Migranten müsse mit einer finalen Integration beendet werden.

Mobilität und die damit zusammenhängende Beschleunigung ist somit zu einer für unsere Zeit prägenden Metapher geworden. Daher kennzeichnen Mobilitätsstudien die Dimensionen von Zirkularität und Bewegung als konstitutive Elemente menschlicher Gesellschaften, insbesondere im Kontext der Globalisierung (Cresswell 2006). Mehrere Studien verknüpfen die Beschleunigung und Diversifizierung der Mobilitätsformen mit deren zunehmender Rolle bei der Reorganisation der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes (Söderström et al. 2013; Latour 2005).

Mobilität bleibt mit der Frage der gesellschaftlichen Ungleichheit verbunden, so attraktiv die Beschreibung der neuen Möglichkeiten einer verstärkten Freizügigkeit auch sein mag. Die Bewegung über Grenzen hinweg ist letztlich abhängig von den sozialen, finanziellen und personellen Ressourcen der einzelnen Akteure. Tatsächlich haben Mobilitätsstudien lange einen blinden Fleck gehabt und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen übersehen, die der Mobilität zugrunde liegen. Die Epistemologie der Mobilität scheint eine Ideologie der Freizügigkeit widerzuspiegeln, die die vormalig an Sesshaftigkeit orientierten Migrationsstudien in ein ständiges ›Hier und Da‹ zwischen verschiedenen Orten in ihr Gegenteil umkehrt (McNavin 2014). Die Formen der Mobilität sind selbstverständlich nicht wertfrei: Die Rolle staatlicher Akteure bei der Klassifizierung menschlicher Bewegungen dürfen deshalb nicht außer Acht gelassen werden (Favell 2008).

Analytisch ist deshalb Abstand zu nehmen von naiven Einschätzungen, die die Globalisierung als Prozess einer künftig grenzenlosen Welt beschreiben und eine Homogenisierung sozialer und politischer Identitäten das Wort reden (Scholte 2005). Sicherlich ist es für viele heute in Europa möglich, problemlos und schnell Grenzen im Schengen-Raum zu passieren, obschon andere weiterhin der Überwachung und dem Verbot der Einreise unterworfen sind. Es handelt sich freilich nicht um eine einfache Dichotomie zwischen jenen, die in Europa mobil sind, und denen, die es nicht sind. Vielmehr ist es sinnvoll, die Variation an Mobilitäten in den Blick zu nehmen, die unterschiedlichen Regulierungs- und Kontrollgraden unterliegt und mit unterschiedlichen Risiken, Belohnungen und Härten erlebt wird. Nach wie vor lässt sich eine »kinetische Unterklasse« von einer von der Geschwindigkeit berauschten Businessklasse unterscheiden (McNavin 2014).

## 2 Diskontinuitäten der Mobilität

Bevor wir uns der Frage stellen, mit welchen Herausforderungen sich sowohl die Migrations- als auch die Mobilitätsforschung konfrontiert sehen und welche gesellschaftlichen Schlüsse daraus gezogen werden können, ist es notwendig, sich den sozio-ökonomischen und politischen Kontext zu vergegenwärtigen, in dem Antworten gefunden werden müssen. Dieser ist geprägt von einer seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 beschleunigten Globalisierung und einer gleichzeitigen Relativierung des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses, der nach dem Zweiten Weltkrieg große Verbreitung in Europa gefunden hatte (Castles 2013). Der Verlust an Bindekraft ist einerseits von der globalen Verbreitung des Marktes und einer neuen regionalen Sicherheitsarchitektur geprägt. Andererseits sind neue soziale und zivilgesellschaftliche Akteure in Erscheinung getreten und konkurrenzieren einst mächtige politische Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen bei der Setzung relevanter gesellschaftlicher Themen (McAdam et al. 1996).

In den letzten dreißig Jahren haben europäische Wirtschaften eine enorme Flexibilisierung erfahren. So entstanden in Europa neue Dienstleistungsökonomien, von deren Zentren aus die globalen und flexiblen Produktionsketten gesteuert werden (Castells 1996; Harvey 1990; Boyer 1990). Die Transformation der europäischen Wirtschaft, die neue Formen flexibler Spezialisierung einführte, erfolgte zeitgleich mit der Realisierung des Binnenmarktprojekts in Europa, das zur Abschaffung der Grenzen im Schengen-Raum und zur Festigung der Außengrenzen durch das Dubliner Übereinkommen führte. Innerhalb der EU und den mit ihr durch bilaterale Verträge assoziierten Staaten wurde ein sogenanntes duales Migrationsregime eingeführt. Von diesem System haben sich die Europäerinnen und Europäer eine

bessere Allokation der Arbeitskräfte innerhalb der Mitgliedstaaten versprochen. Im gleichen Moment sollten die legalen Einwanderungsmöglichkeiten von Drittstaatsangehörigen eingeschränkt werden. Das gegenwärtige Migrationsregime, also das Zusammenspiel von Institutionen und gesellschaftlichen Diskursen, versucht sowohl die rechtlich-administrative Einwanderung von Menschen als auch deren politische Einbettung in die Institutionen auf nationaler wie supranationaler Ebene zu koordinieren (Hoerder et al. 2007).

Ein duales, segmentiertes Migrationsregime eröffnete Möglichkeiten für eine Neugestaltung existierender Muster des Einschlusses und Ausschlusses von Migrantinnen und Migranten. Während unqualifizierte Migrantinnen und Migranten von außerhalb des EU-Raums letztlich nur noch über den Asylkanal einreisen können, können hochqualifizierte Professionelle nach wie vor in die europäischen Zentren als sogenannte Drittstaatsangehörige einreisen und sich einrichten. Die Regulierung der Freizügigkeit innerhalb der EU basiert einerseits auf diesem segmentierten System der Selektion, andererseits auf technischen und rechtlichen Instrumenten der Grenzkontrolle und -überwachung. Indes, die restriktive Einreiseregulierung für Drittstaatsangehörige führt ungewollt zu einer Zunahme von irregulären Einwanderungen und zu einem Markt für billige Arbeitskräfte ohne Aufenthaltsstatus.

Das Mittelmeer ist im Gefolge dieser Entwicklung zu einem Symbol für die Migrations- und Allokationskrise geworden (Lübbe 2017). Die Europäische Union schafft es nicht, in Einklang mit humanitären Grundsätzen die Fluchtbewegungen aufzufangen, ohne Rekurs zu nehmen auf die Einwanderungsbegrenzung und die Kontrolle der Grenzen. Das gegenwärtige Migrationsregime ist deshalb ambivalent und von widersprüchlichen Logiken gekennzeichnet: Freizügigkeit für die einen kontrastiert mit der scharfen Grenzkontrolle und Sicherheitsüberprüfungen für die anderen, letztere können aber nicht konsequent durchgesetzt werden. Außerdem werden Diskurse zur Sicherheit überlagert von Anschlägen islamistischer Terroristen, einer gegen Musliminnen und Muslime gerichteten radikal-populistischen bis rassistischen Mobilisierung, aber auch – und trotz der politisch stark aufgeladenen Öffentlichkeit – von der engagierten Aufrechterhaltung und Verteidigung von Menschenrechten seitens pro-migrantischer Aktivistinnen und Aktivisten.

Trotz Segmentierung hat die Einwanderung aus Drittstaaten nicht abgenommen, sondern ist im Gegenteil so präsent wie nie zuvor, sowohl in der Gestalt der bereits erwähnten Hochqualifizierten und von Menschen ohne Aufenthaltsstatus sowie von Schutzsuchenden. Außerdem haben ein verändertes internationales Umfeld und neue global wirkende Regelwerke die Politik der Migration mutiert: Mehrebenen-Regulierungen haben die Rolle und Autorität des vormals souveränen Staates relativiert. Nebst der Allge-

meinen Erklärung der Menschenrechte (1948) und der Genfer Flüchtlingskonvention (1951) hat außerdem die Restrukturierung des Wohlfahrtsstaates dazu geführt, den Bereich derjenigen zu erweitern, die durch substanzielle Gleichberechtigung und Solidarität geschützt sind (Jacobson 1996; Soysal 1994). Seitdem hat sich die politische Semantik von Solidarität und Gleichheit auf all jene ausgeweitet, die unabhängig von ihrem Status zum Wohlstand der Nation beitragen. In der Tat sind Wohlfahrtsstaaten eine konsolidierte Form des Nationalstaates. Sie erwarten Loyalität und Engagement von ihren Bürgern (sowie niedergelassenen Migrantinnen und Migranten), weil sie der Bevölkerung Lebenschancen bieten, die unabhängig von Marktkräften nach rationalen Kriterien verteilt sind. Eine Grundprämisse wohlfahrtsstaatlicher Operationen ist die Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern (Sciortino und Finotelli 2015). Das Hauptziel der Einwanderungspolitik bestand deshalb lange Zeit darin, die Stellung einheimischer Arbeitskräfte auf dem nationalen Arbeitsmarkt zu schützen und sicherzustellen, dass ausländische Arbeitskräfte eine ergänzende (und niemals eine wettbewerbsfähige) Rolle spielten. Allerdings ist in liberalen Demokratien die Fähigkeit des Staates, die Einwanderung vollständig zu kontrollieren, begrenzt (Hollifield et al. 2014). Ein gut ausgebautes System von liberalen Rechtsnormen und von internationalen Verträgen reduziert den Spielraum von Wohlfahrtsstaaten in Bezug auf ausländische Staatsangehörige erheblich. Deshalb ist jede Debatte über die Frage der Zugehörigkeit zum Wohlfahrtsstaat stets ein Diskurs über Würdigkeit oder Unwürdigkeit, Solidarleistungen in Anspruch nehmen zu können.

Gerade in Phasen gesellschaftlicher Turbulenzen wie nach den wirtschaftlichen Krisen von 1973 und 2007 werden Solidaritäten und Rechte auf eine harte Probe gestellt. In solchen Phasen der krisenhaften Transformation ist der mehr oder weniger stabile Konsens darüber, wie ein Ausgleich zwischen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Legitimität hergestellt werden kann, in Auflösung begriffen (Imhof et al. 1993). Worin die Krise genau besteht, variiert je nach ideologischer Position. Die Kommunikation der Krise ist indes bereits verknüpft mit der Auseinandersetzung um die Behauptung einer neuen Deutungshoheit um Ursache und Lösung der Krise. Für jene beispielsweise, die im Hinblick auf die ›Flüchtlingskrise‹ humanitär argumentieren, manifestiert sich die Krise als Ausdruck einer Erosion und Schwächung der nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Institutionen des Schutzes der Menschenrechte. Für andere indes zeigt sich die Krise durch eine unkontrollierte Einwanderung und die Unfähigkeit des Staates oder der Europäischen Union, diese zu gestalten und zu begrenzen.

Letztlich weist die Rede von der Krise in diesem Zusammenhang auf eine zunehmende Destabilisierung des gesellschaftlichen Konsenses, wie Mi-

gration politisch-administrativ zu steuern sei. Dies kann nur durch die Entstehung eines neuen, stabileren Regimes aufgefangen werden, das in Fragen der Steuerung einen neuen, übergreifenden Konsens zu vermitteln vermag, andernfalls würde die Ungewissheit und der Fluss der Geschehnisse die Krise weiter verschärfen. Der Konsens müsste sicherlich Fragen der Ungleichheit und Kohäsion aufgreifen, aber auch, wie mit der Politisierung der Migration durch mobilitätskritische Akteurinnen und Akteure umzugehen ist.

### 3 ›Würdigkeit‹ als zentrales Konzept des Wohlfahrtsstaates

Eine erfolgreiche Einwanderungspolitik misst sich in Industriestaaten bis zu einem gewissen Grad an der daraus resultierenden Wirtschaftsleistung. Die Debatte über die Arbeitslosigkeit unter Eingewanderten und ihre geringere Beteiligung an sicheren Arbeitsstellen ist es, die die Frage nach der Würdigkeit (*deservingness*) stellt, an Solidarleistungen moderner Gesellschaften teilzuhaben zu dürfen. Je nach Beurteilung der Würdigkeit kann die daraus resultierende Fremdenfeindlichkeit eine der großen Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt darstellen.<sup>4</sup>

Zur Herstellung von Vertrauen und für die Errichtung von Leistungen setzt der Wohlfahrtsstaat eine Normalbiographie voraus, mit klaren Übergängen von der Geburt zur Schule, danach der Arbeit bis hin zur Rente (Bommes 2012). Falls Berufskarrieren von Eingewanderten von dieser Normalbiographie abweichen, hat dies einen nachteiligen Effekt auf die Möglichkeit, innerhalb von Arbeitsorganisationen Zugang zu den nötigen Positionen zu finden. Dies muss nicht notwendigerweise Diskriminierung bedeuten, kann es aber dort sein, wo Übergänge erschwert oder verunmöglicht werden. Jedenfalls sind Zuordnungen in Zusammenhang mit der eigenen Biographie, insbesondere wenn sie staatlich legitimiert sind, mächtige Kategorien der Fremd- und Selbstbeschreibung. Sie haben einen starken Einfluss darauf, wie legitime Ansprüche innerhalb der Gesellschaft gestellt werden können. Solche Zuordnungen und Erwartungen spiegeln eine gesellschaftliche Werthaltung wider und sind, kommunikativ vermittelt, entscheidend für den Aufbau oder die Erosion sozialer Kohäsion.

Eine als erfolglos dargestellte Integration von Eingewanderten bedroht insofern das soziale Gefüge einer Gesellschaft, als politische Akteure sich ermächtigt fühlen können, diese Wahrnehmung für ihre Zwecke zu nutzen und an dieser Frage die Gesellschaft zu spalten. Die vermeintlich mangelnde

---

<sup>4</sup> Weiterführende Überlegungen zu diesem Abschnitt finden sich in Ruedin und D'Amato (2013).

Integration und die daraus resultierende Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt werden häufig als Bedrohung für die Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Doch auch erfolgreiche Migrantinnen und Migranten können für populistische Zwecke missbraucht werden. Hier spielt insbesondere die relative Deprivation eine Rolle: Manche können sich durch den Erfolg von anderen in ihren Chancen benachteiligt sehen. Da in der ursprünglichen Logik der Wohlfahrtsstaaten dessen Leistungen den Einheimischen vorbehalten sein sollten, können Zugewanderte unabhängig von ihrer Inklusion als Bedrohung gesehen werden.

Ohne Zweifel haben Wirtschaftskrisen einen Einfluss auf die Gesellschaft: Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste und Unsicherheit am Arbeitsplatz können als Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt insgesamt betrachtet werden. Diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, können sich von der Gesellschaft entfremdet und enttäuscht fühlen. Allerdings funktioniert die Sozialpolitik in Europa theoretisch nach einer von der Wirtschaftsleistung unabhängigen Logik. Wohlfahrtspolitik ist im Allgemeinen nicht auf Eingewanderte ausgerichtet, im Gegenteil: Sie werden im Wohlfahrtsstaat eingebunden, da solche Programme für alle Beitrags- und Steuerzahlenden konzipiert sind.

Der Zugang zu Sozialprogrammen ist in der Regel nach dem Status abgestuft und es gibt Richtlinien, die Missbrauch verhindern, da regelwidrige Transfers in der Öffentlichkeit große Resonanz finden und dementsprechend politisiert werden. Mit der schärferen Rhetorik gegen Migrantinnen und Migranten und dem Trend, deren Zugang zu Sozialleistungen mit der Integration zu verknüpfen, ist ihr Anspruch auf Solidarität erschwert. Als Nebeneffekt solcher Prozesse könnten auch Ansprüche der einheimischen Bevölkerung, die in prekärer Lage leben, ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen werden. Als nichtintendierte Wirkung einer restriktiveren Politik kann somit auch der soziale Zusammenhalt der Mehrheitsgesellschaft beschädigt werden.

Die zuweilen beobachtbare verschärfte Rhetorik gegenüber Migrantinnen und Migranten steht in Zusammenhang mit einer mancherorts feindseligen Haltung, die mit dem dichotomen Muster ›wir gegen sie‹ begründet ist. Die Kritik an der kulturellen Vielfalt steht heute vermehrt im Vordergrund, obschon über die letzten Jahre die Gesetze und Politiken liberaler geworden sind (MIPEX 2015). Die Bedrohung mag mit mangelndem Kontakt zusammenhängen oder fehlenden positiven Erfahrungen. Jedenfalls ist die schrumpfende Toleranz gegenüber einer sichtbar anderen Identität ein Thema, das für die politische Mobilisierung genutzt werden kann. So ist in Europa die Zugehörigkeit zum Islam zu einem zentralen Faktor bei der Politisierung der Differenz geworden. Musliminnen und Muslime haben im Vergleich zu anderen Gruppen an Sichtbarkeit gewonnen, ihre Präsenz ali-

mentiert in verschiedenen Diskursen historisch gehegte Vorurteile (Togeby 1998; McLaren 2003; Kilpi 2008; Schneider 2008).

Der in der Politik konfrontativer gewordene Diskurs seit Beginn des 21. Jahrhunderts fordert mit Bestimmtheit, wie sich Eingewanderte zu verhalten haben. Die zugrundeliegende Vorstellung ist jene der Integration gepaart mit dem Auftrag, sich einem stereotypisierten Bild der vermeintlich liberalen einheimischen Bevölkerung anzupassen. Beispielsweise werden Eingewanderte aufgefordert, tolerant zu sein und die gesellschaftliche Vielfalt zu respektieren, aber viele Europäerinnen und Europäer zeigen ihrerseits wenig Toleranz gegenüber religiösen Unterschieden, insbesondere wenn es um Eingewanderte geht (Zincone 2010).

Dieses Muster politischer Reaktion ist insbesondere in Appellen populistischer Bewegungen anzutreffen. In Europa ist die Einwanderung zu einem zentralen Thema dieser Gruppen geworden, und dieser Umstand drängt andere politische Akteure dazu, ebenfalls Stellung zu beziehen. Dabei geht es nicht mehr nur um die einst zentrale Frage der ökonomischen Integration, vielmehr rückt die kulturelle und symbolische Integration von Migrantinnen und Migranten in den Mittelpunkt (Zincone et al. 2010). Ein regelmäßiges Einkommen aus bezahlter Arbeit und die Überweisung von Steuern wird nicht mehr als ausreichend angesehen für die positive Beurteilung der Integration. Vielmehr wird die scheinbare kulturelle Integrationslücke als Differenzierungsthema mit dem impliziten Argument unterlegt, dass die festgestellten Unterschiede schwer zu überwinden seien und es solche Eingewanderten nicht verdienen, unter ›uns‹ zu leben.

#### 4 Die Politisierung der Migration

Diese zunehmende Politisierung der Migrationsfrage ist in diesem Zusammenhang ein Beleg für die Verbreitung populistischer Argumente im politischen System liberaler Demokratien. Mit Erfolg schaffen sie es, Ressentiments gegen Immigrantinnen und Immigranten zu mobilisieren, um Unterstützung in der Bevölkerung zu generieren und parlamentarische Legitimität zu gewinnen (Morales et al. 2015). Demgegenüber haben Regierungen in der Regel kein Interesse an der Politisierung von Einwanderungsfragen, da die Entpolitisierung solcher Fragen die Umsetzung staatlicher Maßnahmen eher erleichtert (Freeman 1995). Jüngste Untersuchungen bekräftigen die These, wonach politische Parteien die Migrationsfrage polarisierend bewirtschaften,

während staatliche Akteure sich in der politischen Debatte weitgehend neutral verhalten (Van der Brug et al. 2015; Rosenberger und Ruedin 2017).<sup>5</sup>

In diesem sehr kontroversen politisierten Kontext hat sich die Debatte weitgehend von der Frage der Zuwanderung zu jener der Würdigkeit und Integration verlagert. Insbesondere werden mögliche kulturelle Spannungen zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen von Teilen der Politik evoziert. Diese Hinwendung zu kulturellen Argumenten macht augenfällig, wie mit der Thematisierung einer ›problematischen‹ und ›unmöglichen‹ Integration die kulturelle Vielfalt zunehmend mit einem migrantenfeindlichen Spin politisiert wird. Teil der politischen Strategie ist die Politisierung der kulturellen Vielfalt, die zwischen Insidern und Outsidern zu unterscheiden weiß (siehe Wimmer 2008).

Die Durchschlagskraft solcher Argumente auf Politik und Gesellschaft hat indes ihre Grenzen. Dies ist letztlich den ›checks and balances‹ zu verdanken: Regierungsakteure, Parteien und Medien decken das gesamte Spektrum möglicher Positionen ab, sodass sowohl negative wie auch positive Einschätzungen zu Einwanderung und Integration zum Tragen kommen. Migrationsfeindliche Forderungen werden häufig von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Kirchen und meist auch von Gewerkschaften abgewehrt, die die Einwanderung tendenziell eher unterstützen (Rosenberger und Ruedin 2017). Sie spielen im Meinungsstreit eine wichtige Rolle und sorgen dafür, dass die Justiz einbezogen werden kann, falls öffentliche Kontroversen die Debatte zu stark polarisieren.

Die Gegner einwanderungsfeindlicher Parteien sind selbst jedoch nicht frei von Konflikten und internen Auseinandersetzungen (Haas und Natter 2015). So ist die sozialdemokratische Linke seit Jahrzehnten mit der Kontroverse konfrontiert, sowohl der Achtung der kulturellen Vielfalt Rechnung zu tragen als auch den sozialen Besitzstand zu wahren, der zum Teil durch vergangene Kämpfe der Arbeiterbewegung erworben wurde. In historischer Perspektive war die Linke stets gespalten zwischen jenen, die den Schutz der einheimischen vor einwandernden Arbeitskräften forderten und jenen, die im Sinne internationaler Solidarität Eingewanderte vor der Ausbeutung schützten (siehe auch Buntenbach und Roßocha 2017). Beide Positionen sind im Hinblick auf die Migration ambivalent: Sie können entweder auf eine Einwanderung und Integration bestehen, die sozial und kulturell mit der Mehrheitsgesellschaft vereinbar ist oder auch die Menschen auffordern, das Land zu verlassen, sollten sie sich als nicht würdig erweisen.

---

<sup>5</sup> Eine ausführliche Argumentation zur Politisierung der Migration findet sich in D'Amato und Ruedin (2019).

Insbesondere die Herausforderung der populistischen Parteien hat die Spaltung zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen innerhalb der linken Parteien verstärkt (Merkel 2017). In Merkels Untersuchung entscheiden sich Kosmopoliten – mit unterschiedlichen Nuancen – für eine Öffnung der Grenzen. Sie wünschen einen freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapitalien, Ansprüchen, Rechten und Personen. Politische Maßnahmen sollten nicht durch zufällige Grenzen behindert werden. Ihrer Meinung nach können die vielfältigen Herausforderungen der Spätmoderne nicht mehr von einzelnen Nationalstaaten allein koordiniert werden. Deshalb unterstützen sie supranationale Strukturen, um gegenwärtige Herausforderungen gemeinsam meistern zu können. Kosmopolitinnen und Kosmopoliten verfügen über eine meist höhere Bildung, bevorzugen pluralistische Rahmenbedingungen und lehnen die Assimilation von Eingewanderten ab. Als sowohl räumlich als auch sozial mobile Zeitgenossinnen und Zeitgenossen gehören sie zu jenen, die die Mobilitätsforschung präferenziell im Visier hat. Im Gegensatz dazu verfügen Kommunitaristinnen und Kommunitaristen eher über ein niedrigeres Bildungsniveau, ein geringeres Einkommen und ein begrenztes Humankapital. Sie profitieren tendenziell nicht von der Mobilität, lehnen kulturelle Vielfalt ab und gehören eher zu den Verlierern der Globalisierung (Norris 2005; Merkel 2017). Aus diesem Grund haben sie ein großes Interesse daran, den Schutz durch den Nationalstaat aufrechtzuerhalten.

Die moderate, insbesondere die sozialdemokratische Linke ist stark von dieser Kluft zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus beeinträchtigt (Haas und Natter 2015). Sie ist stärker davon betroffen als die politische Rechte, weil ihr programmatischer Rahmen sowohl kosmopolitische – mit ihren Worten internationalistische – als auch kommunitaristische Elemente enthält. Ihre Wählerschaft setzt sich aus Arbeiterinnen und Arbeitern zusammen, die eher komunitäre Ansichten teilen, und Angestellten mit einer Präferenz für kosmopolitisch ausgerichtete Ideen (Rennwald und Evans 2014). Parteiführungen der Linken tendieren dazu, kosmopolitische Überzeugungen zu teilen, können sich aber auch strategisch für komunitäre Positionen einsetzen. Im Gegensatz dazu neigen moderat konservative Parteien dazu, sich mehr auf nationale Traditionen zu berufen. Sie sind eher skeptisch gegenüber der Einwanderung und versuchen, die sich ihnen stellende Dilemmata zu umgehen. Obschon sie die Absicht hegen, die Wählerschaft im Zentrum mit genehmen Argumenten zu erreichen, teilen auch gemäßigt konservative Parteien kosmopolitische Positionen. Die sogenannte Flüchtlingskrise in Deutschland (2015) spiegelt dieses Dilemma perfekt wider: Die Führung der Christlich Demokratischen Union (CDU) befürwortete eine kurzfristige Öffnung der Grenzen aus europapolitischen und humanitären Motivlagen, die Führung der Christlich-Sozialen Union (CSU) favorisier-

te hingegen eine abschottende, komunitäre Position. Ein weiteres Beispiel ist die britische Labour-Partei, die während der jüngsten Brexit-Verhandlungen weitgehend still gehalten hat, weil sie sich bewusst ist, dass das Fußvolk in Nordengland – im Gegensatz zur Parteiführung – den Austritt aus der Europäischen Union eher befürwortet.

Laut Merkel (2017) beschleunigt diese neue Kluft zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus den Niedergang der traditionellen Massenparteien und begünstigt den Aufstieg populistischer Organisationen, die sich in ganz Europa etabliert haben. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erobert die populistische Rechte den einst von der Linken dominierten politischen Raum und setzt sich zunehmend mit kosmopolitischen Präferenzen auseinander. Dies ist eine Folge einer längeren kulturellen Entwicklung, die in westlichen Gesellschaften stattgefunden hat. Neue Lebensstile, gleichgeschlechtliche Ehen, Chancengleichheit und multikulturelle Lebensformen sind zu dominanten Diskursen geworden. Gleichzeitig haben sozialdemokratische Parteien mit dem sogenannten ›dritten Weg‹ neoliberale Positionen eingenommen, nachdem sie nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls viel in den Ausbau des Sozialstaates investiert hatten. Die Führung der gemäßigten Linken sprach sich für eine Umstrukturierung der Sozialpolitik aus, um die Folgen der Globalisierung abzufedern. Die ›neue Linke‹ definiert sich in geringerem Maße durch soziale und mehr durch gesellschaftliche Politik. Die Entwicklung der Bürgerrechtsbewegung seit den 1970er Jahren hat die Relevanz der nationalen Identität vermindert, während die ›alte Linke‹ weiterhin ein positives Verhältnis zur Nation unterhält und damit gelegentlich den Anspruch auf vertikale Solidarität verteidigt. Gleichzeitig hat sich das Profil der linken Wählerschaft gewandelt. Diese setzt sich nicht mehr aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern, sondern aus Fachleuten und akademisch Gebildeten zusammen, die die Politik dominieren (Rennwald und Evans 2014). Damit ist der Diskurs der ›neuen Linken‹ elaboriert hegemonial geworden, und jede Kritik an ihren Vorstellungen wird im öffentlichen Raum vielfach moralisch disqualifiziert. Die Zurückhaltung der populistischen Rechten gegenüber der kulturellen Moderne kann demnach auch als Reaktion einer weniger gebildeten, vielleicht überwiegend männlichen Unter- und Mittelschicht verstanden werden, die sich als Verlierer dieser missbilligten gesellschaftlichen Transformation versteht (Bauman 1998; Kriesi et al. 2005).

## 5 Schluss

In einem durch Migrationsdynamiken generierten gesellschaftlichen Wandel, der überlagert ist von mehrschichtigen, durch die Globalisierung verursach-

ten Transformationen wie der Restrukturierung des Wohlfahrtsstaates, ist es nicht verwunderlich, dass stabile soziale Beziehungen und gemeinsame Werthaltungen, welche die soziale Kohäsion ausmachen, direkt beeinflusst werden (Vertovec 1999b). Politiken der sozialen Kohäsion haben das Ziel, Prozessen der Desintegration und der sozialen Fragmentierung entgegenzutreten und somit eine Polarisierung in der Gesellschaft zu vermeiden. Unter den gegebenen Vorzeichen muss deshalb entweder die Globalisierung und die mit ihr verknüpfte Mobilität anders gestaltet werden, oder diese werden mit zunehmenden Widerständen zu rechnen haben. Denn es lässt sich kaum gegen die Interessen der Mehrheit dauerhaft Politik machen, sonst sucht sich letztere andere Interessenvertretungen.

Allerdings hat der Rückgriff auf Vorstellungen gemeinschaftlicher Kohäsion einen neo-romantischen Einschlag, sind doch moderne Gesellschaften arbeitsteilig und durch Rollenzuordnungen charakterisiert, die sich nicht allein durch gemeinsame ›Werte‹ herstellen lassen. Gerade weil moderne Gesellschaften nicht romantische Gemeinschaften sind, sondern sich auf Individuen beziehen, die sich gegenseitig nicht kennen, ist es schwierig, gemeinsame ›Werte‹ bloß anzurufen, um Solidarität herzustellen. Dies trifft umso mehr auf hochmobile Migrationsgesellschaften zu. Aus diesem Grund benötigen moderne, mobile Gesellschaften eine Bürgergesellschaft, einen Raum, in dem sich Menschen ohne äußeren Zwang in Vereinigungen und Netzwerken treffen können, um unabhängig von ihrer Herkunft Vertrauen und Solidarität herzustellen. Es muss eine versierte, über das Nationale hinausweisende Bürgergesellschaft sein. Ein ebenfalls wichtiger Bestandteil ist deshalb die Herstellung von ›Sozialkapital‹, das es ermöglicht, Beziehungen zwischen Individuen unabhängig von deren Herkunft herzustellen. Normativ würde es darum gehen, in verschiedenen Politikbereichen Minimalstandards einzuführen, um Diskriminierungen zu vermeiden. Gleichbehandlung und Chancengleichheit gehören demnach zum Programm einer Politik der sozialen Kohäsion.

Ein anderer Blick auf die Einwandererinnen und Einwanderer ist deshalb notwendig. In der Tat sind Migrantinnen und Migranten nicht passive ›Gäste‹, sondern aktive Träger des Wandels. Einwanderung wird so zu einem integralen Element einer gesellschaftlichen Differenzierung und eines Rekonstruktionsprozesses der Gesellschaft. Gerade die Pluralisierung westlicher Einwanderungsgesellschaften hat zu einem sozialen Ausdifferenzierungsprozess geführt, zu einer Deregulierung kollektiver Formen sozialer Identität. Umso notwendiger ist die Suche nach einer neuen Basis für soziale Kohäsion, die über kommunale und ethnische Konstruktionen der Wirklichkeit hinausgeht. Andernfalls bleibt der Nationalstaat die letzte Zuflucht für all

jene, die nichts anderes aufbieten können als den Rückgriff auf die »nationale Präferenz« (Bommes 2012).

Letztlich geht es darum, Formen der Kommunikation zu finden, in denen Menschen sich untereinander über die Gestaltung der Zukunft unabhängig von ihrer Herkunft austauschen können. Sicherlich werden es keine konfliktfreien Auseinandersetzungen sein. Etwas anderes wäre in offenen europäischen Gesellschaften gar nicht möglich, welche sich mit dem Faktum ihrer Veränderung auseinandersetzen und alternativen Wege aus Krisen suchen. Viele Akteure erträumen sich in der gegenwärtigen Debatte die Wiederherstellung eines souveränen Nationalstaates, als wäre dies die Lösung für die momentanen Probleme. Die Mehrebenen-Verflechtungen unserer Gegenwart müssen ernst genommen werden wie auch das enorme Wissen, auf dem moderne Gesellschaften und letztlich Europa beruhen. Es müssen die unterschiedlichen Energien revitalisiert werden, die europäische Gesellschaften ausmachen. Man muss, wie Jürgen Habermas in einer ihm gewidmeten Ausgabe der französischen Zeitschrift *Esprit* (Habermas 2015) gesagt hat, außerhalb der Dramatik der Gegenwart die »Hoffnung denken«. Dabei muss es um mehr gehen als allein um den Appell an die Gewährung von Rechten, seien es Menschenrechte oder andere Grundrechte. Der Kampf gegen Diskriminierung bleibt wichtig, das Verbindende zwischen Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Herkunft muss allerdings wieder mehr in den Blick geraten (Kleger 2016). Diese Auseinandersetzung muss in die öffentliche Sphäre getragen werden und es muss darauf gesetzt werden, dass die Demokratie einer jener der Orte ist, an denen um das Selbstverständnis von Migrationsgesellschaften produktiv gestritten werden kann. Gerade die Anschläge der letzten Jahre haben es sinnfällig gemacht, welche Lebensformen betroffen sind von Fanatismus und Intoleranz. Im Widerstand gegen solche und andere Formen der Entsolidarisierung können neue gesellschaftliche und politische Optionen entstehen, welche die Errungenschaften des Verfassungsstaates verteidigen und den Menschenrechten keine Grenzen setzen. Die Migrationsforschung ist deshalb dazu aufgefordert, auf die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen mit theoretischen und empirischen Befunden zu reagieren, um die Versuchung des Populismus zu parieren.

## Literatur

- Adey, Peter. 2010. *Mobilities*. London: Routledge.
- Bauböck, Rainer, und Thomas Faist. 2010. *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Bauman, Zygmunt. 1998. *Globalization: The Human Consequences*. Cambridge: Polity Press.

- Bommes, Michael. 2012. *Immigration and Social Systems. Collected Essays of Michael Bommes*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Borjas, George. 1989. Economic Theory and International Migration. *International Migration Review* 23 (3): 457–485.
- Boyer, Robert. 1990. *The Regulation School. A Critical Introduction*. Columbia University Press.
- Buntenbach, Annelie, und Volker Roßocha. 2017. Migration und Gewerkschaften. Wie positionieren sich Arbeitnehmerorganisationen? In *Flucht, Migration und die Linke in Europa*, Hrsg. Michael Bröning und Christoph P. Mohr, 256–266. Bonn: Dietz.
- Castells, Manuel. 1996. *The Rise of the Network Society*. Oxford: Blackwell.
- Castles, Stephen. 2013. The Forces Driving Global Migration. *Journal of Intercultural Studies* 34 (2): 122–140.
- Cresswell, Tim. 2006. *On the Move. Mobility in the Modern Western World*. London: Routledge.
- D’Amato, Gianni. 2001. *Vom Ausländer zum Bürger: Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz*. Münster: LIT Verlag.
- D’Amato, Gianni. 2017. Herausforderung Migration. Die schweizerische Linke in der direktdemokratischen Arena. In *Flucht, Migration und die Linke in Europa*, Hrsg. Michael Bröning und Christoph P. Mohr, 149–172. Bonn: Dietz.
- D’Amato, Gianni, und Didier Ruedin. 2019. Immigration and Populist Political Strategies. The Swiss Case in European Perspective. In *Populism and the Crisis of Democracy (Volume 3: Migration, Gender and Religion)*, Hrsg. Gregor Fitzgi, Jürgen Mackert, und Brian S. Turner, 48–65. London: Routledge.
- Faist, Thomas. 2007. Transnationale Migration als relative Immobilität in einer globalisierten Welt. *Berliner Journal für Soziologie* 17: 365–385.
- Favell, Adrian. 2008. Rebooting Migration Theory. Interdisciplinarity, Globality, and Postdisciplinarity in Migration Studies. In *Migration Theory. Talking Across Disciplines*, Hrsg. Caroline B. Bretell und James Hollifield, 259–278. New York: Routledge.
- Freeman, Gary P. 1995. Modes of Immigration Politics in Liberal Democratic States. *International Migration Review* 29 (4): 881–902.
- Haas, Hein de, und Katharina Natter. 2015. The Determinants of Migration Policies: Does the Political Orientation of Governments Matter? *IMI Working Paper Series* 117, International Migration Institute.
- Habermas, Jürgen. 2015. Critique et communication: les tâches de la philosophie (entretien). *Esprit* Août/Septembre: 40–54.
- Harvey, David. 1990. *The Condition of Postmodernity*. Oxford: Blackwell.
- Hirsch, Joachim, und Roland Roth. 1986. *Das neue Gesicht des Kapitalismus vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg: VSA-Verlag
- Hoerder, Dirk, Jan Lucassen, und Leo Lucassen. 2007. Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung. In *Enzyklopädie Migration in Europa*, Hrsg. Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, und Jochen Oltmer, 28–53. Paderborn: Schöningh.
- Hollifield, James F., Phil Martin, und Pia Orrenius. 2014. *Controlling Immigration: A Global Perspective* (3rd ed.). Stanford, CA: Stanford University Press.
- IOM. 2020. *World Migration Report*. Genf: IOM.
- Imhof, Kurt, Heinz Kleger, und Gaetano Romano, Hrsg. 1993. *Krise und sozialer Wandel*. Zürich: Seismo Verlag.

- Imhof, Kurt, und Gaetano Romano. 1996. *Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kilpi, Elina. 2008. Prejudice as a Response to Changes in Competitive Threat: Finnish Attitudes towards Immigrants 1986–2006. *Sociology Working Papers 1*, Department of Sociology, University of Oxford.
- Kleger, Heinz. 2016. Öffentliche Vernunft als Thema und Prozess. Bürgersouveränität, Technokratie und Populismus. In *Unkritische Massen? Offene Gesellschaft und offene Vernunft*, Hrsg. Stefan Wolt und Paul Marquering, 92–110. Münster: LIT Verlag.
- Kriesi, Hanspeter, Romain Lachat, Peter Selb, Simon Bornschieur, und Marc Helbling, Hrsg. 2005. *Der Aufstieg der SVP: Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: NZZ Buchverlag.
- Latour, Bruno. 2005. *Reassembling the Social: an Introduction to Actor-Network-Theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Lee, Everett S. 1966. A Theory of Migration. *Demography* 3 (1): 47–57.
- Light, Ivan. 2005. The Ethnic Economy. In *Handbook of Economic Sociology*, Hrsg. Neil Smelser und Richard Swedberg, 650–677. Princeton: PUP.
- Lübbe, Anna. 2017. *Ist der Flüchtlingsstatus zeitgemäß? Herausforderungen und Weiterentwicklungsansätze*. Berlin: SVR Expertise.
- McAdam, Doug, John D. McCarthy, und Mayer N. Zald. 1996. *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. *Cambridge Studies in Comparative Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- McLaren, Lauren. 2003. Anti-immigrant Prejudice in Europe: Contact, Threat Perception and Preferences for the Exclusion of Migrants. *Social Forces* 81 (3): 909–937.
- McNavin, Anne. 2014. Global Migration and Mobility. Theoretical Approaches, Governing Rationalities and Social Transformations. In *The SAGE Handbook of Globalization*, Hrsg. Manfred Steger, Paul Battersby, und Joseph Siracusa, 644–661. London: Sage.
- Merkel, Wolfgang. 2017. Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt. In *Flucht, Migration und die Linke in Europa*, Hrsg. Michael Brüning und Christoph P. Mohr, 299–313. Bonn: Dietz.
- MIPEX. 2015. *Migrant Integration Policy Index*. Brüssel: Migration Policy Group.
- Morales, Laura, Jean-Benoît Pilet, und Didier Ruedin. 2015. The Gap between Public Preferences and Policies on Immigration: A Comparative Examination of the Effect of Politicisation on Policy Congruence. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41 (9): 1495–1516.
- Norris, Pippa. 2005. *Radical Right: Voters and Parties in the Electoral Market*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Park, Robert E. 1950. *Race and Culture. The Collected Papers of Robert E. Park, vol. I*. ed. by Everett C. Hughes et al. Chicago: Free Press.
- Portes, Alejandro, und John Walton. 1981. *Labor, Class and the International System*. New York: Academic Press.
- Portes, Alejandro, Luis Guarnizo, und Patricia Landolt. 1999. The Study of Transnationalism: Pitfalls and Promise of an Emergent Research Field. *Ethnic and Racial Studies* 22 (2): 217–237.
- Rennwald, Line, und Geoffrey Evans. 2014. When Supply Creates Demand: Social Democratic Party Strategies and the Evolution of Class Voting. *West European Politics* 37 (5): 1108–1135.

- Rosenberger, Sieglinde, und Didier Ruedin. 2017. The Politicisation of Asylum Seekers and Other Immigrant Groups in a Comparative Perspective. In *Asylrecht als Experimentierfeld. Eine Analyse seiner Besonderheiten aus vergleichender Sicht*, Hrsg. Franz Merli und Magdalena Pöschl, 13–26. Wien: Verlag Manz.
- Ruedin, Didier, und Gianni D'Amato. 2013. Immigrant Integration, Public Acceptance and Social Cohesion. In *Ten Observations on the Future of Migration: Costs, Benefits, and Policy Responses*, Hrsg. Veronika Bilger, Sabine Klinglmair, und Martin Hofmann, 125–150. Wien: ICMPD.
- Schneider, Silke. 2008. Anti-immigrant Attitudes in Europe: Outgroup Size and Perceived Ethnic Threat. *European Sociological Review* 24 (1): 53–67.
- Scholte, Jan A. 2005. *Globalization. A Critical Introduction*. Houndmills: Palgrave.
- Sciortino, Giuseppe, und Claudia Finotelli. 2015. Closed Memberships in a Mobile World? Welfare States, Welfare Regimes and International Migration. In *Handbook of the International Political Economy of Migration*, Hrsg. Leila Simona Talani und Simon McMahon, 185–209. Cheltenham: Edward Elgar.
- Sheller, Mimi, und John Urry. 2006. The New Mobilities Paradigm. *Environment and Planning* 38 (2): 207–226.
- Söderström, Ola, Shalini Randeria, Didier Ruedin, Gianni D'Amato, und Francesco Panese. 2013. *Critical Mobilities*. Lausanne: EPFL Press.
- Soysal, Yasemin N. 1994. *Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe*. Chicago: University of Chicago.
- Togeby, Lise. 1998. Prejudice and Tolerance in a Period of Increasing Ethnic Diversity and Growing Unemployment: Denmark since 1970. *Ethnic and Racial Studies* 21 (6): 1137–1154.
- Vertovec, Steven. 1999a. Conceiving and Researching Transnationalism. *Ethnic and Racial Studies* 22 (2): 447–462.
- Vertovec, Steven, Hrsg. 1999b. *Migration and Social Cohesion*. Cheltenham: E. Elgar.
- Wimmer, Andreas. 2008. Elementary Strategies of Ethnic Boundary Making. *Ethnic and Racial Studies* 31 (6): 1025–1055.
- Zincone, Giovanna. 2010. Conclusions – Comparing the Making of Migratory Policies. In *Migratory Policymaking in Europe: The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present*, Hrsg. Giovanna Zincone, Rinus Penninx, und Maren Borkert, 377–442. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Zincone, Giovanna, Rinus Penninx, und Maren Borkert, Hrsg. 2010. *Migratory Policymaking in Europe: The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present*. Amsterdam: Amsterdam University Press.